

BERLIN, 19. MAI 2006

Haushaltsbegleitgesetz 2006

Wir halten Kurs: Sanieren, reformieren, investieren.

Am 19. Mai 2006 hat der Bundestag das Haushaltsbegleitgesetz 2006 verabschiedet. Die Sparmaßnahmen und Steuerbeschlüsse, die wir gefasst haben, sind uns Sozialdemokraten nicht leicht gefallen. Wir hätten sie gerne vermieden, vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte von 16 auf 19 Prozent. Aber: Wenn wir die Ziele, die wir uns in dieser Großen Koalition gesetzt haben, erreichen wollen, sind diese Maßnahmen notwendig.

Zentrale Botschaft: Wir halten Kurs!

Die Koalition wird Kurs halten! Wir stehen zu der beschlossenen Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte. Denn wir brauchen schon in 2007 einen kurzfristigen Erfolg bei der Haushaltskonsolidierung, um das Maastricht-Kriterium und vor allem Artikel 115 des Grundgesetzes wieder einzuhalten. Die Nettokreditaufnahme von 38 Mrd. g ist in 2006 nicht zu vermeiden. Allerdings müssen wir in 2007 die Regelgrenze des Art. 115 GG wieder einhalten.

Die Ausgangslage

Die öffentlichen Haushalte befinden sich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Die laufenden Ausgaben übersteigen die regelmäßigen Einnahmen dramatisch. Für den Bundeshaushalt, aber auch für die Länderhaushalte und die Kommunen ergibt sich deshalb dringender Handlungsbedarf. Für 2006 beträgt die Nettokreditaufnahme 38 Mrd. g. Damit ist der Bundeshaushalt strukturell zu 20 % unterfinanziert. Der Bund der Steuerzahler hat jüngst veröffentlicht, dass die gesamte Verschuldung der staatlichen Haushalte insgesamt 1,5 Billionen g beträgt.

Aufgrund dieser Haushaltsslage ist es uns zum einen in 2006 nicht möglich, die Regelgrenze des Artikel 115 GG einzuhalten, wonach die staatliche Neuverschuldung nicht höher sein darf als die staatlichen Investitionen. Der Haushalt 2006 nimmt deshalb die Regelung des Artikels 115 GG in Anspruch, die Ausnahmen zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässt. Dies ist zurzeit in Deutschland der Fall, da es eine ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung gibt: starker Export bei schwacher Inlandsnachfrage und hoher Arbeitslosigkeit.

Dokumentation: Artikel 115 Grundgesetz im Wortlaut

(1) Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmaren Ermächtigung durch Bundesgesetz. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung war Deutschland in den vergangenen drei Jahren nicht in der Lage, das Maastricht-Kriterium einzuhalten (wonach die Neuverschuldung nur 3 % des Bruttoinlandsproduktes betragen darf). Wir haben uns deshalb verpflichtet, im Jahre 2007 sowohl den Artikel 115 GG als auch das Maastricht-Kriterium wieder einzuhalten.

Experten bezeichnen die Mehrwertsteuererhöhung als konsequent und richtig.

Während der Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz haben namhafte Sachverständige (Prof. Dr. Rürup, Universität Darmstadt; Dr. Heise, Chefvolkswirt der Allianz und der Dresdner Bank; Prof. Dr. Bomsdorf, Universität Köln; Prof. Engels, Präsident des Bundesrechnungshofes u.a.) klar gesagt, dass Konsolidierungsziele nicht allein über Einsparungen und Ausgabenkürzungen zu erreichen sein werden. Sie haben die Mehrwertsteuererhöhung zwar nicht begrüßt, aber unter Berücksichtigung aller Umstände ausdrücklich als notwendig bezeichnet. Insbesondere der Bundesrechnungshof hat klar gestellt, dass es aus politischen, ökonomischen und ethischen Gründen dringend geboten ist, kurzfristig Konsolidierungserfolge zu erzielen. Die einzige Alternative zu Mehrwertsteuererhöhung wäre ein **sofortiger und massiver Abbau sozialer Leistungen** gewesen, der mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen ist.

- Wir brauchen die Mehrwertsteuererhöhung, um das strukturelle Haushaltsdefizit konsequent zurückzuführen.
- Wir brauchen die Mehrwertsteuererhöhung, um den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent zu senken und damit Anreize für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung umstritten.

Ein Teil der Wirtschaftsforscher und -institute geht davon aus, dass die Mehrwertsteuererhöhung sich schädlich für die Konjunkturentwicklung auswirkt. Unumstritten ist das aber nicht. Im Gegenteil: Selbst die Europäische Kommission hat ausdrücklich betont, dass eine Mehrwertsteuererhöhung ökonomisch vertretbar sei. Sie werde die Konjunktur nicht abwürgen. Sie wirke im Schnitt wachstumsneutral. Langfristig fördere die Haushaltskonsolidierung das Wachstum. Und sie führe zur Senkung von Lohnnebenkosten.

Wichtig ist:

- Die meisten Güter und Waren des täglichen Bedarfs fallen unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %, der nicht geändert wird. Für andere Waren und Dienstleistungen – und das meint insbesondere auch Luxusgüter – ist die Mehrwertsteuer eine Steuer, die alle in gleicher Weise trifft.
- Den evtl. auftretenden Schwierigkeiten für Einzelhandel und Handwerk sind wir durch zahlreiche andere Maßnahmen entgegengetreten, so z. B. über die verstärkte Förderung des Mittelstandes, die Absatzbarkeit der Leistungen und anderes mehr.

Weitere Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes im Überblick

- Wir erhöhen den allgemeinen Umsatzsteuersatz und den Regelsatz zur Versicherungssteuer zum 01. Januar 2007 von 16 % auf 19 %. In diesem Zusammenhang wird die umsatzsteuerrechtliche Vorsteuerpauschale für landwirtschaftliche Umsätze von 9 % auf 10,7 % und für forstwirtschaftliche Umsätze von 5 % auf 5,5 % angehoben.
- Die Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen wird auf einen Grundlohn von 25 Euro pro Stunde begrenzt.
- Der pauschale Abgabensatz für Minijobs im gewerblichen Bereich wird von derzeit 25 % auf künftig 30 % angehoben.
- Die den Ländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes zustehenden Mittel werden neu festgesetzt; sie werden künftig nicht mehr dynamisiert.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird zum 01. Januar 2007 um 2 Prozentpunkte von 6,5 % auf 4,5 % gesenkt. Diese Absenkung wird vom Bund durch das Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunktes unterstützt, wir reichen ihn quasi durch.
- Der bisherige Defizitzuschuss des Bundes zur Bundesagentur für Arbeit wird zukünftig entfallen, möglicher vorübergehender Unterstützungsbedarf wird im Wege eines Darlehens gewährleistet.
- Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt an die gesetzliche Krankenversicherung werden 2007 auf 1,5 Mrd. € abgesenkt, ab 2008 ganz auslaufen.
- Das Weihnachtsgeld für aktive Beamte und Versorgungsempfänger wird für die Jahre 2006 bis 2010 halbiert.

Opposition und Wirtschaftsverbände haben keine realistische Alternative.

Von der Opposition – vor allem von der FDP – und von Vertretern der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände wird behauptet, die Konsolidierung des Haushaltes würde auch ohne die Mehrwertsteuererhöhung gelingen. Das ist grundfalsch und kurzsichtig, vor allem, wenn dabei auf die aktuell prognostizierten Steuermehreinnahmen verwiesen wird! Von den in der aktuellen Steuerschätzung prognostizierten 8,1 Mrd. g Steuermehreinnahmen für 2006 entfallen ca. 3,9 Mrd. g auf den Bund. 2,4 Mrd. g davon sind im Haushaltsentwurf 2006 bereits fest eingeplant, etwa 1,5 Mrd. g sind Zusatzeinnahmen, die wir aber für die Finanzierung absehbarer Zusatzausgaben beim ALG II dringend brauchen.

Gerade Verbandslobbyisten der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände fordern immer wieder die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sind aber keinesfalls bereit, selbst auf staatliche Leistungen zu verzichten. Sie fordern, die staatlichen Sozialausgaben zu kürzen (z.B. Arbeitslosengeld II, Rente) oder die Arbeitnehmerbeiträge entsprechend anzuheben (z.B. Krankenversicherung). Geht es dann aber um Subventionen, von denen sie selber profitieren, drohen sie umgehend mit Abbau von Arbeitsplätzen oder Standortverlegung ins Ausland.

Die Ziele der Koalition und der SPD

Die Große Koalition hat die „Herkules-Aufgabe“, die öffentlichen Haushalte wieder auf eine solide und langfristig tragfähige Basis zu stellen. Gleichzeitig müssen wir investieren, um wirtschaftliches Wachstum und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Diese schwierige Aufgabe ist für uns nicht neu. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat schon in den Jahren zuvor hart gespart, wie übrigens auch der Sachverständigenrat zugestanden hat.

So sind die Bundesaussgaben zwischen 1999 und 2004 nur um knapp 0,4 % jährlich gestiegen, und dies trotz der notwendigen Mehrausgaben für Arbeitsmarkt und Rente. Real bedeutet das ein Ausgabenrückgang. Auch die Staatsquote, die 1998 im letzten Jahr der Regierung Kohl noch bei 48,0 % des BIP lag, ist unter Rot/Grün auf 46,8 % gesenkt worden. Das ist ein großer Konsolidierungserfolg.

Wir haben aber nicht nur Ausgaben eingespart, sondern schon in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, mit denen wir das Wachstum gestärkt und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert haben. Wir haben Familien, private Haushalte und auch Unternehmen steuerlich stark entlastet. In der Folge ist die Steuerquote in Deutschland auf ein historisches Tief gefallen. Lag sie 1999 noch bei 22,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), so betrug sie 2005 nur noch 20,1 %. In Europa ist das mit Ausnahme der Slowakei der niedrigste Wert.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat nicht nur, um die Grundrechte der Menschen zu sichern. Wir brauchen ihn vor allem für wichtige Zukunftsaufgaben: Verbesserungen in Bildung und Ausbildung, eine effektive Hochschulfinanzierung, eine neue Familienpolitik, wie wir sie durch das Elterngeld unterstützen, und die Sicherstellung eines leistungsfähigen, gerechten und solidarischen Sozialstaats.

Unser Dreiklang: sanieren, reformieren, investieren

Deshalb stehen wir zu unserem Dreiklang „**sanieren, reformieren, investieren**“, an dem wir unsere Politik ausrichten.

2006 startet unser Investitionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung mit einem Gesamtumfang von 25 Milliarden Euro und einer Laufzeit bis 2009. Wir investieren in fünf zentrale Zukunftsbereiche.

■ Investitionen in Forschung und Entwicklung

Bis 2009 stellt der Bund insgesamt 6 Milliarden Euro mehr für Forschung und Entwicklung bereit. Dies stärkt insbesondere Deutschlands Innovationsfähigkeit und damit unsere internationale Konkurrenzfähigkeit.

■ Investitionen in eine starke Wirtschaft

Zur Belebung der Wirtschaft und zur Förderung des Mittelstandes stellen wir 9,4 Milliarden Euro bereit. Hier geht es vor allem um das Programm zur energiesparenden Gebäudesanierung und um verbesserte steuerliche Abschreibungsbedingungen für die Unternehmen. Außerdem wird die erfolgreiche Investitionszulage-Ost zur wirtschaftlichen Stärkung der neuen Bundesländer über 2006 hinaus verlängert.

■ **Investitionen in eine moderne Infrastruktur**

Die Investitionen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur – in Straße, Schiene und Wasserwege – werden um weitere 4,3 Milliarden Euro aufgestockt. Hiermit schaffen und sichern wir tausende Arbeitsplätze.

■ **Investitionen in Familien und Kinder**

Ab 2007 führen wir das Elterngeld ein und stellen dafür bis 2009 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Wir stärken damit Familien, die Kinder erziehen und so einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten.

■ **Investitionen in Privathaushalte als Arbeitgeber**

Wir fördern haushaltsnahe Dienstleistungen und stärken damit gezielt die heimische Wirtschaft – vom Handwerk bis zu lokalen sozialen Dienstleistern. So können Handwerkerrechnungen für Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen künftig bis zu 600 Euro pro Jahr steuerlich abgesetzt werden. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres vom ersten Euro an in Höhe von zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4.000 Euro je Kind, berücksichtigt werden.